

Jenseits der »Nationalökonomien«: Wirtschaftliche Verflechtung und staatliche Politik

Meine Damen und Herren, als ich gebeten wurde, über dieses Thema ein Kurzreferat zu halten, war ich plötzlich in großer Verlegenheit. Ich wußte eigentlich nicht, wie ich das Thema anfassen sollte, und wenn man das nicht weiß, dann geht man auf einen semantischen Ansatz zurück. Ich habe mir nämlich die einzelnen Wörter dieses Titels angeschaut. Was heißt wirtschaftliche Verflechtung, erstens? Was heißt staatliche Politik, zweitens? Und was heißt das eigentlich auf der europäischen Ebene und insbesondere auf Ost- und Mitteleuropa bezogen. Ich habe deshalb versucht, meine Gedanken in dieser Richtung zusammenzustellen und darüber bestimmte Zweifel gehabt, ob ich das so mit Ihnen besprechen sollte, wie ich mir das vorgestellt habe. Aber die Debatte am Vormittag hat mich doch überzeugt, daß Sie hier vielleicht einige Punkte finden werden, die bereits schon am Vormittag angeschnitten wurden und die uns in der Diskussion weiterhelfen. Nicht nur in dem Sinne, daß wir natürlich einen neuen Bereich behandeln, sondern auch die bisherige Debatte vertiefen können.

Ich möchte mit einer Binsenwahrheit beginnen: Globalisierung und die Herausbildung der Informations- und Wissensgesellschaft sind die beiden wichtigsten Merkmale unserer Zeit und keiner kann sich dieser Wirkung entziehen. Wir müssen aber ganz klar sehen, daß diese internationale Verflechtung heute eine ganz andere qualitative Dimension hat, als sie in den letzten Jahrzehnten schon hatte. In den letzten Jahrzehnten war diese Verflechtung sehr klar im wirtschaftlichen Bereich hervorgetreten. Aber, was wir heute sehen, ist, daß dank der Informationstechnologien die Internationalisierung auch gesellschaftliche, kulturelle, sowie psychologische Prozesse und Bereiche umfasst, die früher in die souveräne Kompetenz der Nationalstaaten gehörten (zum Beispiel Informationen oder Beeinflussung der öffentlichen Meinung). Weiterhin erstreckt sich die Globalisierung nicht nur auf Produktionsfaktoren, sondern auch auf Produktionsprozesse und Finanzströme. Aber auch auf Konsumgewohnheiten, und hier stellt sich schon das erste große Dilemma: Die internationale Kommunikation ermöglicht es, bestimmte Konsumgewohnheiten, bestimmte Ansprüche, bestimmte Lebensstile, sogar bestimmte Wertsysteme auch in Gesellschaften hinein zu projizieren, die eine ganz andere Entwicklung durchgemacht haben. Und da entstehen natürlich bestimmte Anreize, sich daran zu gewöhnen und eben diese Ansprüche nachzuahmen, wobei die wirtschaftliche, kulturelle, politische und soziale Grundlage für diese Nachahmung gar nicht gegeben ist. Als Ergebnis entstehen große kulturelle, zivilisatorische Brüche. Die Frage ist, wie wir diese Brüche vermeiden oder wenigstens unter Kontrolle halten können.

Nicht weniger wichtig ist, daß sich der internationale Verflechtungsprozess im wirtschaftlichen Bereich in unterschiedlichem Tempo vollzieht. Wir haben eine fast vollkommene Liberalisierung des Kapitalverkehrs, eine weit fortgeschrittene Liberalisierung des Handels von Waren und Dienstleistungen, dagegen aber einen nationalen, in den

meisten Fällen stark geregelten Arbeitsmarkt. Kapital und Arbeit, diese beiden grundlegenden Faktoren haben einen sehr unterschiedlichen Liberalisierungsgrad. Und daraus folgt folgendes: Je mehr nationale Arbeitsmärkte geschlossen, bzw. inflexibel bleiben, um so mehr Kapital wird diese Arbeitsmärkte vermeiden oder verlassen und nach neuen internationalen Standorten suchen. Und dabei sind die kapitalreichen westeuropäischen Länder keine Ausnahme. Und was Unterkapitalisierung einer Gesellschaft oder einer Wirtschaft betrifft, davon können die Ost- und Mitteleuropäer lange Geschichten erzählen. Es ist keine Gottesgabe, daß eine bestimmte Region der Welt immer kapitalreich ist und eine andere Region immer kapitalarm. Aber das wird heute noch als ein wichtiger Faktor des Status-Quo-Denkens angesehen. Dabei ist die unterschiedliche Dynamik einzelner Bereiche der Internationalisierung der Wirtschaft klar erkennbar. In etwa 25 Jahren hat sich die Produktion verachtfacht, die Exporte haben sich verdreizehnfacht, Direktinvestitionen um das Achtzehnfache und die Finanzströme sind um über das Vierzigfache gestiegen. Und wenn Sie jetzt noch die offizielle oder auch die inoffizielle internationale Arbeitskraftmigration hinzunehmen, würde die ganz am Ende sein; also da gab es ganz wenig Dynamik. Heute finden wir eine zunehmende Deregulierung im internationalen Kontext, ein zunehmender Wettbewerb um internationale Ressourcen findet statt. Insbesondere in denjenigen Ländern, die früher als abgeschottet galten, ist zu sehen, daß sich die Behandlung des Auslandskapitals in den achtziger Jahren erheblich gelockert wurde. Es gibt über hundert verschiedene neu getroffene Maßnahmen, die den Zufluß von Auslandskapital erleichtern, und es gibt nur ganz wenige, die diesen Zufluß behindern wollen. Das ist, glaube ich, ein ganz klares Indiz, worum es hier heute geht.

Werner
Weidenfeld

Und ich frage mich, ob wir bei unserem vielen Reden über Globalisierung den Sachverhalt wirklich so ernst nehmen, wie er ernst genommen zu werden verdient. ... Am Ende kommen doch immer wieder die alten Nationalökonomien zum Vorschein. Und es ist für mich die entscheidende Frage, ob sich hier nicht längst eine globale Elite herausgebildet hat, die es gerne zuläßt, daß es immer wieder so Schrebergärten der altmusealen Archivwörter gibt, die sich um die anderen Dinge auch noch kümmern, aber im Grund genommen sagen, wir machen diese Kisten unter uns aus. Relativ transparent, relativ unkontrolliert.

STAAT, MODERNISIERUNG UND POLITIK

Die Globalisierung findet in Europa in einer Situation statt, wo wir uns nicht nur den Herausforderungen der Globalisierung stellen müssen, sondern auch den Herausforderungen der Modernisierungen. Und davon ist Westeuropa auch nicht ausgenommen. Zwar entfaltet sich dieser Modernisierungsdrang oder Modernisierungszwang auf sehr unterschiedlichem Niveau, denn Ost- und Mitteleuropa hat ein viel kleineres Brutto-pro-Kopf-Einkommen als Westeuropa. Trotzdem sind die Wurzeln der Probleme teilweise die selben.

Und hier entsteht ein anderes Problem, das wir auf einer Tagung der Bertelsmann-Stiftung schon besprochen haben: nämlich der zunehmende Gegensatz zwischen dem Zeitbedarf einer entsprechenden Modernisierung und dem konstitutionell, verfassungsmäßig festgestellten politischen Wahlzyklus. Im Allgemeinen folgen die politischen

Wahlzyklen einander in 4-Jahresrhythmen. Früher war es so, daß die meisten dieser Probleme in einem 4-Jahreszyklus gelöst werden konnten, vorausgesetzt, daß die neue Koalition, die an die Macht kam, diese Probleme gleich angepackt hat. In zwei bis drei Jahren konnte man diese Probleme lösen, und vor den Wahlen waren sie wieder im Klaren für den nächsten Zyklus. Dieser Zusammenhang stimmt heute nicht mehr. Alle diese Modernisierungsprobleme, alle diese Herausforderungen brauchen mehr als vier Jahre. Und deshalb haben die meisten Länder und auch die meisten Politiker, eigentlich um sich selbst zu verteidigen und um die Positionen kurzfristig zu sichern, den Ansatz genommen: »Wir werden diese großen Probleme unter den Teppich kehren, das soll die nächste Koalition machen, nicht wir, wir möchten doch keinen Selbstmord begehen.«

Renate Stuth

Bis 1989 gab es praktisch kein Unternehmen von Tschechen alleine. Da hat Klaus, da haben andere Minister gesagt: »Der Markt wird's richten«. Und nichts wurde gemacht. Im Grunde wurden nur die großen Unternehmen, wenn sie Probleme hatten, weiter gefördert, mit Krediten, mit allen möglichen Dingen, aber die Klein- und Mittelindustrie eben nicht. ... Die Wirtschaftspolitik hat versagt durch Inaktivität, der Markt richtet es nicht, man muß eben etwas tun, z.B. Starthilfe und so weiter. Nichts zu tun ist ein Fehler, denn man braucht in einer funktionierenden Marktwirtschaft klein- und mittelständische Unternehmen sehr dringend.

Aber jetzt kommen wir an den Punkt, wo man diese Probleme nicht mehr unter den Teppich kehren kann. Die Frage ist, was die politischen Strukturen, die effizienten politischen demokratischen Strukturen sind, die eben diese Modernisierungsherausforderung meistern können. Diese Frage stellt sich uns auch in den Transformationsländern in einer etwas anderen Schattierung. Und was die ost- und mitteleuropäischen Länder betrifft, da haben wir noch eine dritte Herausforderung, nämlich die Herausforderung der Transformation. In dieser Transformation käme dem Staat eine sehr wichtige Rolle zu. Und zwar in vielen Bereichen:

- a. Die Schieflage eines frühgeborenen Sozialstaates. Was ist daran zu retten, was kann nicht gerettet werden? Das ist bei weitem nicht nur eine technische, finanzielle, haushaltspolitische oder fiskalische Sache. Das ist vielmehr eine Sache der Mentalität. Was wird sich die Gesellschaft zu eigen machen? Was kann die Gesellschaft akzeptieren und was kann die Gesellschaft nicht akzeptieren?
- b. Wir haben es zunehmend mit den Folgen einer übereilten und teilweise zwangsweisen Liberalisierung zu tun. Dies ist keine Klage, aber wir müssen auf die möglichen Konsequenzen vorbereitet sein. Westeuropa und die OECD-Länder im allgemeinen haben sich über Jahrzehnte graduell liberalisiert, so daß eine jede Liberalisierung im Zollbereich von einem sogenannten sekundären Schutz in den nichttarifären Handelshemmnissen begleitet wurde. Wir hatten diesen sekundären Schutz überhaupt nicht, wir brauchten es auch nicht, vor 1991. Und dann haben wir uns liberalisiert, ohne gleichzeitig diesen sekundären Schutz aufzubauen. Wir sind in dem Sinne viel mehr dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt, mit einem viel kleineren Wirtschaftspotential, als diejenigen Länder, die über ein viel höheres Wirtschaftspotential verfügen.

- c. Der Staat und die staatliche Administration haben einen evidenten Effizienzverlust erlitten. Die Gründe sind mehr oder weniger klar. Ich möchte darauf hier nicht eingehen, es muss jedoch erwähnt werden, daß an einer solchen Entwicklung auch der Staat selbst schuldig ist.
- d. Einige Jahrzehnte real existierenden Sozialismus haben in einem Bereich ein Kapital aufgebaut, das in den nächsten Jahrzehnten, den Jahrzehnten der Wissensgesellschaft, einen großen komparativen Vorteil in Ost- und Mitteleuropa bedeuten könnte. Und das war der allgemeine Bildungsstand. Die Frage ist, ob wir diesen relativ hohen Bildungsstand in die nächsten Jahrzehnte hinüberretten können oder, ob sich dieser Bildungsstand im Transformationsprozess in Luft auflöst anstelle einer Wissensgesellschaft. Und dann haben wir von unserem komparativen Vorteil, der ja historisch immer wieder nachgewiesen ist, nur komparative Nachteile.
- e. Zusammenfassend haben sich in mehreren Transformationsländern die früher üblichen, staatlich gelenkten Mangelwirtschaften zu staatlich verursachten Mangelwirtschaften entwickelt. Mangelwirtschaft jetzt nicht, was Waren und Dienstleistungen betrifft, sondern als Mangel an Sicherheit, Mangel an rechtlichen Rahmenbedingungen, Mangel an einer effizienten Verwaltung.
- f. Das letzte Jahrzehnt hat auch eine lange Zeit nicht dagewesene Entstehung und den Verfall von Nationalstaaten erfahren. Man kann die ost- und mitteleuropäischen Länder auch im historischen Vergleich zu Afrika und Asien sehen. Während die Verdoppelung von Nationalstaaten nach dem zweiten Weltkrieg dem Zerfall der Kolonialreiche zuzuschreiben war, erklärt sich dieser große Sprung zwischen 1989 und 1996 fast eindeutig mit dem Zerfall von europäischen und halbeuropäischen föderalen Strukturen. Daraus folgen selbstverständlich auch eine Reihe von Konsequenzen für die Zukunft unseres Kontinents.

DIE ZUKÜNFTIGE ROLLE DES STAATES

Traditionell wissen wir ganz genau, was wir von einem entwickelten, effizienten Staat erwarten: Gewährleistung der Rechtssicherheit, Wachstumsstabilität, gute Rahmenbedingungen für Investition und Wachstum, eigene Investitionstätigkeit in bestimmten grundlegenden Bereichen, soziale Dienstleistungen, also auch humane Infrastruktur, Schutz für die sozial verletzlichen Schichten und Bewahrung der Umwelt. Sind das die wichtigsten Prioritäten der staatlichen Rolle für die nächsten Jahrzehnte? Die Frage lautet für mich: Sollte der staatliche Anteil zurückgehen oder nicht? Die Folgen belegen das Gegenteil von dem, was wir uns alle von der Entwicklung erhoffen. Nämlich eine allgemein zunehmende Rolle der staatlichen Verteilung, wobei noch interessanter ist, daß diese staatliche Verteilungsrolle in den OECD-Ländern nach dem großen Sprung in den siebziger Jahren eine weitere überdurchschnittliche, graduelle Zunahme erfährt. In den Entwicklungsländern ist dieser Anteil etwas zurückgefallen, und das möchte ich auch durch den relativ niedrigen Entwicklungsgrad und den sehr bescheidenen Spielraum der Entwicklungsländer erklären. Aber in den OECD-Ländern ist dieser staatliche Anteil auch in den letzten Jahren höher geworden. Die entscheidende Frage ist meiner Meinung nach nicht, ob der staatliche Anteil in den nächsten Jahren gleichbleibt; sicher kann er nicht sehr hoch anwachsen. Die wichtigere Frage ist, in

welchen Bereichen und wie der Staat sich den neuen Herausforderungen stellen wird. Und hier gibt es neue Rollen für den Staat: eine zunehmende Rolle in der direkten und indirekten Einkommensproduktion. Also kein Verteilerstaat, sondern ein Staat, der Einkommen produzieren kann.

Zweitens, was wir immer wieder vergessen: die Lenkung der intergenerationellen Umverteilung. Wenn wir von Umverteilung in der Vergangenheit sprachen, da sprachen wir von Umverteilung zwischen verschiedenen Sektoren oder verschiedenen Schichten der Bevölkerung in einem gegebenen Zeitrahmen. Worauf es jetzt ankommt ist, wie wir die Ressourcen auf die Zukunft umverteilen. Das ist nicht nur die zukünftige Ausgestaltung des Rentensystems, das sind auch Investitionen in Bildung und Umwelt. Alle sind zukunftsorientierte Aufgaben.

Drittens: Vorrang für neue Arbeitsmöglichkeiten anstatt bedingungslose Weiterzahlung des Arbeitslosengeldes. Das ist wieder einmal keine fiskalische, sondern eine mentalitätsbezogene Aufgabe. Chancengleichheit statt direkter sozialer Kompensation. Also eine aktive statt passive Anpassung in Richtung auf zukunftsorientierte Investitionen.

Viertens: Erhöhung der Effizienz der staatlichen Administration. Zahlreiche neuere Studien verweisen darauf, daß die staatliche Administration, die Effizienz der öffentlichen Verwaltung ein entscheidender Faktor der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Umfeld sind. Es geht also nicht nur um die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit der staatlichen Verwaltung. Der Staat, der klassische Nationalstaat, mit all den Kompetenzen, die er in den letzten Jahrzehnten der Entwicklung angepasst hatte, diese Nationalstaaten befinden sich immer mehr in einer Zangensituation. Auf der einen Seite gibt es zunehmend Probleme, die man nur auf der überstaatlichen Ebene lösen kann, also ein Verzicht auf gewisse Kompetenzen zugunsten sogenannter supranationaler Organe. Diese Entwicklung sehen wir in der europäischen Union sehr klar. Auf der anderen Seite wünschen sich einzelne Regionen auch größere wirtschaftliche, kulturelle und zunehmend auch politische Unabhängigkeit. Die große Frage ist, ob ein Verzicht auf nationale Kompetenzen auf der einen Seite zugunsten supranationaler Institutionen und auf der anderen Seite eine Regionalisierung früherer staatlicher Tätigkeiten mit einer zunehmenden Eigenverantwortung einhergeht oder nicht. Der Nationalstaat hatte eine Eigenverantwortung. Können supranationale Organe und/oder Regionen diese Eigenverantwortung übernehmen? Wenn Sie sich zum Beispiel die letzte brasilianische Krise anschauen, dann sehen Sie, daß zum größten Teil der Auslöser dieser Krise darin lag, daß wir Regionen mit größerer Unabhängigkeit, aber ohne zunehmende Eigenverantwortung gehabt haben. Und das hat eben zu dieser Krise geführt.

Dezentralisierung, Regionalisierung ist deswegen so schwierig, weil eben diese frisch gewonnene Souveränität noch nicht mal eine scheinbare Souveränität war, weil viele Staaten viele Probleme gar nicht mehr durch den Nationalstaat lösen können.

Werner
Weidenfeld

Das große Problem, das ich in dieser Lage sehe, ist die Loyalitätserwartung an wirtschaftliche Akteure. In der westlichen Welt ist, glaube ich, diese Erwartung geringer. Wir haben uns davon gelöst, daß Unternehmen national loyal sein sollen. Es kann sein, daß man irgendwann einmal eine Debatte darüber beginnen muß, daß Daimler-Chrysler seine Zentrale von Stuttgart weg verlegen könnte. Ist das überhaupt möglich? Diese Debatte hat keine betriebswirtschaftliche Basis, sondern ist eine Loyalitätsdebatte. An manchem, was ich beobachte ist diese Debatte in Ost- und Mitteleuropa noch um ein Vielfaches gesteigert: Nämlich die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen.

Transnationale Unternehmen spielen eine bedeutende Rolle in der Gestaltung der globalen Prozesse. Es ist schon interessant, inwieweit die Interessen dieser Unternehmen in den überstaatlichen oder multinationalen Gesprächen zum Ausdruck gekommen sind. Wenn die multinationalen Gespräche zum Erfolg geführt werden konnten, dann deshalb, weil dahinter ganz klare transnationale Unternehmensinteressen standen. Wenn diese Interessen nicht gegeben waren, dann konnte man diese zwischenstaatlichen und multinationalen Runden kaum mit Erfolg beenden. Ich möchte hier in Klammern bemerken, daß die multinationalen Unternehmen, die sich in den mittel- und osteuropäischen Ländern in den letzten Jahren etabliert haben und dort Standorte ausgebaut haben, wahrscheinlich die bei weitem größte Interessengruppe, also pressure-group, in Brüssel für eine Erweiterung der europäischen Union sind. Kein einziger Staat, auch wenn er am besten vorbereitet ist auf die Integration, kann diesen Druck auslösen. Der kommt von den Interessen jener Unternehmen, die für eine rasche Erweiterung sind und schon deshalb in den letzten Jahren auf ihren Feldern in den Kandidatenstaaten Standorte ausgebaut haben.

Jacob
von Weizsäcker

In der politischen Hierarchie, ich glaube Dahrendorf hat das mal so beschrieben, gibt es eine vertikale Disziplin, eine Kommandowirtschaft, in der einer der Vorgesetzte ist und der nächste, der empfängt Befehle. Im Markt dagegen herrscht horizontale Disziplin. Da konkurrieren Firmen oder Fonds oder Einzelpersonen gegeneinander und beschränken so ihre Macht. Nun ist die Frage: wer übt da eigentlich Macht aus? Ich bin mir gar nicht so sicher, ob man sagen sollte, daß in sehr liquiden Kapitalmärkten die Macht von Einzelinvestoren groß ist. Ich glaube das wird häufig überschätzt.

MITTEL- UND OSTEUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION: INDIZIEN EINES NEUEN VERFLECHTUNGSMUSTERS

Die europäischen Transformationsländer haben in den neunziger Jahren ihre weltwirtschaftlichen Verflechtungen in mehrerer Hinsicht erheblich erhöht. Umorientierung der Handelsströme zum Westen, vor allem in die europäische Union, nie erhoffte strukturelle Veränderung in einer sehr kurzen Zeit, Siegeszug der ausländischen Unternehmen im Privatisierungsprozess, aber auch was die anderen Formen der Direktinvestitionen betrifft, Einschaltung in die globalen Finanzmärkte. All das geschah praktisch in einem Vakuum. Und das wird sowohl positive wie auch negative Folgen für die Zukunft haben.

Grundsätzlich fehlt es an einem eigenen Entwicklungsanker in Ost- und Mitteleuropa. Als historisch geerbtes Problem haben die Länder dieser Region diesen Entwicklungsanker in den letzten Jahrhunderten nicht gehabt: praktisch seit dem Moment, wo sich das Schwergewicht der europäischen Entwicklung, nach der Entdeckung Amerikas, auf die Atlantikküste verlegt oder verschoben hatte. Um ein aufrechterhaltbares Wachstum zu produzieren, brauchten wir immer einen ausländischen Anker. Meist war das die gute Konjunktur im Westen. Jetzt haben wir wieder einmal einen ausländischen Anker, einen äußeren Anker, und dieser Anker ist die Europäische Union. Ob das gut ist oder schlecht, oder ob das zur verspäteten Entstehung eines eigenen Ankers führen kann, kann ich heute noch nicht beantworten.

Es gibt gleichzeitig erhebliche qualitative Unterschiede im Verflechtungsmuster der einzelnen Staaten Ost-Mitteleuropas: Erstens ist es irreführend, wenn wir von Offenheit sprechen: Die Offenheit wird von vielen Staaten in der Form gemessen: »Die Zölle sind niedrig, wir haben keine Handelsbarrieren mehr!« Offenheit in einer globalisierenden Welt heißt nicht nur Handel. Offenheit heißt, die Öffnung der grundlegenden Sektoren und nicht nur des verarbeitenden Gewerbes, sondern auch der Finanzmärkte, auch der Banken, teilweise auch der sogenannten klassischen staatlichen Dienstleistungen, also public utilities, wie der Energiesektor usw. für den internationalen Wettbewerb. Auch das Auslandskapital hat in den letzten Jahren ein unterschiedliches Investitionsmuster in den Ländern entwickelt, das für die Zukunft sehr wichtig sein kann. Etwas vereinfacht gibt es zwei grundlegende Muster. Erstens, wo sich Auslandskapital auf den teilweise noch unerschlossenen Binnenmarkt stützt und eben in jenem Binnenmarkt arbeitet. Zweitens: Auslandskapital, das in einigen Ländern oder in einem Land in Ost-Mitteleuropa gute Bedingungen für einen internationalen Standort findet. Aus diesen zwei Mustern resultieren ganz unterschiedliche Verflechtungsmuster für die Zukunft.

Ein nächster Punkt, den ich für sehr wichtig halte: Wir sprechen immer darüber und aufgrund der Zahlen nicht zu Unrecht, daß Ost- und Mitteleuropa immer mehr in eine einseitige Abhängigkeit von der europäischen Union gerät. Ich möchte dies hier nicht beweisen. Dafür gibt es Zahlen. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß sich diese einseitige Abhängigkeit immer mehr zu einer qualitativ neuen und beiderseitigen Abhängigkeit entwickelt, und zwar zu einer ungleichmäßigen aber empfindlichen Interdependenz. Drei Bemerkungen dazu:

- a. Deutschland, Österreich, aber auch die Europäische Union haben jetzt etwa 10 bis 13% ihres gesamten Außenhandels mit Ost- und Mitteleuropa. Das heißt für Deutschland, daß etwa 23% des deutschen Bruttonutzenproduktes durch Exporte getätigt wird; hiervon 10% zu den assoziierten Staaten. Das sind 2,3% des deutschen Bruttonutzenproduktes. Und dieser Handel hat in den neunziger Jahren eine beispiellose Dynamik aufgewiesen. Wenn diese Dynamik 20% pro Jahr erreicht, und dies war der Fall über mehrere Jahre hindurch, heißt das, daß das Exportwachstum nach Ost- und Mitteleuropa etwa 0,4 – 0,5% des deutschen Bruttonutzenproduktes beträgt. Wenn Deutschland ein Wachstum

von 5% hätte, würde ich sagen: »0,5% ist eine Größenordnung, die man vernachlässigen kann.« Wenn aber dieses Wachstum 1,5% beträgt, so entspringt ein Drittel des deutschen Wachstums der dynamischen Ausfuhr in die Kandidatenstaaten. Diesen Faktor kann man kaum ausser Acht lassen.

- b. Die jetzige Situation, sowohl die Dynamik, als auch der große und zunehmende Handelsbilanzüberschuß sowohl Deutschlands wie auch der Europäischen Union, wurde von vielen westlichen Politikern als eine Gottesgabe betrachtet. Das ist jedoch keine Gottesgabe. Die Lage kann sich ändern. Und es wäre gut, wenn wir in beiden Teilen Europas alles tun würden, um solchen unbequemen, ja teilweise katastrophalen Folgen aus dem Wege zu gehen. Wenn diese Dynamik wegen eventueller finanzieller Beschränkungen in Ost- und Mitteleuropa nicht mehr aufrechterhalten werden kann, dann werden die Exporte nach Ost- und Mitteleuropa sehr stark zurückgehen. Im Jahre 1998, und das ist keine Ausnahme, die früheren Jahre waren ebenso, hat die Europäische Union in ihrem globalen Handel einen Überschuß von etwa 20 Mrd. EURO erwirtschaftet. Von diesen 20 Mrd. EURO registrierte man Überschüsse gegenüber den zehn assoziierten Staaten in der Höhe von 21 Mrd. EURO! Also mehr als 100% des weltweiten Überschusses des EU-Handels wurde von den zehn ost- und mitteleuropäischen Ländern erwirtschaftet. Ich möchte hier nicht darauf eingehen, wer was an der Vorbereitung auf den Beitritt zur Europäischen Union verdient, aber das ist wieder mal keine Gottesgabe.
- c. Der letzte Punkt ist die abnehmende Abhängigkeit zwischen dem westeuropäischen Konjunkturzyklus und der Exportfähigkeit in manchen ost- und mitteleuropäischen Ländern. Früher war es so, daß wir eindeutig dem Konjunkturzyklus ausgesetzt waren. In Ungarn, wo sich zahlreiche multinationale Unternehmen etabliert haben, und 75% des Exportes von diesen transnationalen Unternehmen kommen, hat sich die Lage grundlegend geändert. Diese multinationalen Unternehmen arbeiten nämlich für den Weltmarkt, nicht nur für den europäischen. Und sie haben unterschiedliche Produktionsstandorte von Südafrika über Brasilien und Deutschland bis Irland und Ungarn. Sie sind dem weltweiten Wettbewerb ausgesetzt und wenn sie da mithalten möchten, und sie müssen mithalten, sonst sind sie pleite, stellt sich die Frage nach dem Kapazitätsabbau in einer Situation, wo in Westeuropa eine Konjunkturflaute herrscht. Es muß eine bestimmte Kapazität abgebaut oder stillgelegt werden. Früher war es so, daß die ausländischen Kapazitäten stillgelegt wurden. Heute ist das nicht mehr so. Es wird die Kapazität stillgelegt, die am kostengünstigsten produziert. Und wenn diese kostengünstige Produktion eben in Deutschland ist, dann wird ein deutsches Unternehmen die deutsche Kapazität stilllegen und nicht die ungarische oder die südafrikanische, vorausgesetzt, das Unternehmen möchte sich auch in der Zukunft am internationalen Wettbewerb beteiligen.

HERAUSFORDERUNG DER EU-MITGLIEDSCHAFT FÜR DIE STAATEN OST- UND MITTELEUROPAS

In dieser Hinsicht gibt es eine ganz widersprüchliche Lage. Die effiziente Vorbereitung auf die europäische Union erfordert einen effizienten Staat, eine effiziente – viel effizientere als heute – öffentliche Ver-

waltung. Auf der anderen Seite bedeutet aber eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eine zunehmende Regionalisierung, denken Sie an den Strukturfonds und an die Vorbedingungen, wie diese Länder an den Strukturfonds herankommen können. Und noch etwas kommt hinzu. Was ist die Rolle des Staates in unseren Ländern bei der Schaffung, manchmal illusorischen Schaffung, eines Gleichgewichtes zwischen sozialen Standards auf der einen Seite und internationaler Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite? Wenn wir jetzt in einem überbordenden Sozialstaat, wo vieles abgebaut werden muß, das Rheinländische Sozialmodell adaptieren würden, würde das gleichzeitig bedeuten, daß wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Und es ist dieser Absturz, der zu einem unaufhaltbaren Migrationsdruck führen würde. Es ist nicht der frühe Beitritt, der zu einem erhöhten Migrationsdruck führen würde sondern ganz im Gegenteil der verspätete Beitritt, mit all den Forderungen, die die Wettbewerbsfähigkeit dieser Region grundlegend gefährdet.

Große Bedeutung kommt der Reihenfolge der Unternehmensbildung zu. Sie ist sehr eng verbunden mit der internationalen Verflechtung und der sogenannten nationalen Souveränität. Das praktische Modell, das in der Unternehmensbildung in Westeuropa seit mehr als 150 Jahren befolgt wurde, war so: »Wir beginnen mit einem Familienbetrieb; wenn wir gut arbeiten, wenn wir sehr fleißig sind, sind wir in 20 Jahren ein Kleinbetrieb, wo wir schon fünf Leute anstellen können. In 50 Jahren sind wir ein mittelgroßer Betrieb, in 80 Jahren ein transnationales Unternehmen. Der Weg, dieses Modell einzuführen, war meiner Meinung nach Ost- und Mitteleuropa vom Anfang der Transformation an verbaut. Das heißt nicht, daß alle Länder nicht mit dieser Alternative begonnen haben. Die Ungarn haben diese Initiative Gott-sei-dank auch rechtzeitig aufgegeben. Nicht weil der Staat, die staatliche Verwaltung oder die Politiker so klug gewesen wären, sondern weil der Markt es ihnen aufgezwungen hat. Einerseits muss man einsehen, daß im Zeitalter der Globalisierung niemand, kein Unternehmen also 80 Jahre hat um sich auf den internationalen Wettbewerb vorzubereiten. Andererseits verfügt kein mittel- und osteuropäisches Land über die Mittel, die den westeuropäischen Ländern über Jahrzehnte zur Verfügung standen (mit Ausnahme von Großbritannien und teilweise den Niederlanden, die dieser Mittel nicht bedurften), nämlich eine nationale Protektion der aufstrebenden sogenannten infant-industry, der aufstrebenden nationalen Industrie. Deshalb bleibt erstrangig derjenige Weg offen, den die Unternehmensbildung durch und um die transnationalen Firmen herum versucht, und in dieser Reihenfolge, von oben nach unten, eine dichtgewobene, in das internationale Produktionsnetz eingegliederte Struktur von Klein- und Mittelunternehmen schafft. Es sind nicht die Klein- und Mittelunternehmen, die eine eigene Entwicklung machen, sondern es sind die Transnationalen. Da sieht man schon in einer historisch sehr kurzen Zeit von weniger als zehn Jahren, wie die transnationalen Unternehmen immer mehr diese Struktur auszubauen begonnen haben. Wohin das führt, ist heute noch schwer zu sagen. Was man jedoch mit großer Sicherheit sagen kann ist, daß der andere Weg der Entwicklung (eigene Unternehmen teilweise mit staatlicher Hilfe und aussenwirtschaftliche Abschottung) zu keinem Erfolg führen

kann. Wie dann eine Symbiose von eigenständigen nationalen, einheimischen Klein- und Mittelunternehmen mit dem von den transnationalen Unternehmen geschaffenen internationalen Netz von Klein- und Mittelunternehmen erreicht werden kann, das ist einer der interessantesten Aspekte, für den ich eine strategische Forschung für sehr wichtig halte.

Noch eine Bemerkung: Alle Staaten in Ost- und Mitteleuropa haben mit der Transformation, mit dem Wegfall von politischen und ideologischen Gürteln und mit der Vorbereitung und einer hoffentlich baldigen Mitgliedschaft (wenigstens für einige) in der Europäischen Union nicht nur eine viel größere historische Chance erhalten. Sie haben gleichzeitig eine weitaus höhere historische Verantwortung. Und das ist in diesen Staaten nicht immer klar. Wir sind für die regionale Stabilität und nicht nur für die nationalstaatliche Stabilität verantwortlich. Jede regionale Instabilität wird die eigenen Wachstumsmöglichkeiten in einer sehr kurzen Zeit einengen, wenn nicht sogar vernichten.

Christoph
Avenarius

Viele Leute haben, wenn man sie besser kannte, gefragt: »Was habt ihr Deutschen eigentlich für ein Interesse daran, daß wir in die europäische Union kommen? Warum tut ihr das alles? Was steckt da wirklich dahinter?« Die unterschwellig und offen ausgesprochenen Ängste und Sorgen in ost- und mitteleuropäischen Ländern sind, das die Menschen denken: »Ja, die im Westen, nicht nur die Deutschen, auch die Holländer und andere westeuropäische Wirtschafts- Bank- und Finanzkreise, die wollen uns eben lenken und wollen Macht ausüben und ihre Profit daraus ziehen, daß wir in den großen Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion kommen.«

In den letzten Jahren entstand eine relativ einseitige Verflechtung Mittel- und Osteuropas zu den internationalen Märkten und insbesondere zum internationalen Kapital. Diese für die Entwicklung notwendige Struktur kann man nur allmählich verändern und in die »normalen Bahnen« zurückbringen. Man braucht kein Ökonom zu sein, um zu zeigen, daß jeder Abschottungsversuch, wie auch immer die Argumente sind, mit viel größeren Gefahren verbunden ist, als irgendeine, sei es auch einseitige, Verflechtung oder Einbindung in die internationale Wirtschaft. Die Ausbreitung des nationalen Spielraumes kann nicht auf Abschottung oder dem Rückzug auf sogenannte »vitale nationale Interessen« beruhen. Zunächst muß ein Staat Mitglied einer größeren Gemeinschaft werden, und als Mitglied der Gemeinschaft kann der Staat seinen Spielraum verändern, hoffentlich auch erweitern. Dazu brauchen wir aber eine ganz andere Auffassung, eine ganz andere Interpretierung des klassischen Nationalstaates.

Renate Stuth

Die Frage, die ich noch zu diesem Vortrag habe betrifft die regionale Stabilität. Es gibt doch eine Tendenz in unserem Informationszeitalter, daß bei regionaler Stabilität jedes Grenzland den nächsten Partner, östlich oder südlich hinzugewinnen möchte. ... Das wird ein Automatismus, daß mit jeder neuen Akzeptanz eines Landes in Europa natürlich eine neue Kommunität aufgebrochen wird. Wir werden neue Abspaltungen von neuen Volksgruppen erleben, die wir bis dahin noch nicht gekannt haben, die werden eigene Länder aufmachen, so wie Slowenien, die also auch möglichst schnell in Europa sein und nicht zum Balkan gehören wollten. Darin liegt für mich einer der kritischen Faktoren einer europäischen Osterweiterung. Wo findet sie ihre natürliche Grenze?

Es ist einer der größten Fehler, und das finden wir überall in Ost- und Mitteleuropa, daß ein großer Teil der politischen Elite die Verwirklichung ihrer Akzeptanz immer mehr in einer nationalstaatlichen Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts sucht und nicht versucht, eine zukunftsorientierte, auf das 21. Jahrhundert ausgerichtete nationale Identität aufzubauen. In diesem schwierigen Prozeß kann man jedoch einen Rückschlag – wahrscheinlich nicht überall aber sicher in einzelnen Ländern – nicht ausschließen. Das positive Szenario beruht auf der Erwartung, daß in dem Maße, wie die Unternehmen in Ungarn oder Polen, seien es nationale oder internationale, immer stärker werden und immer stärker in das internationale Netz eingebunden werden, es gelingen wird, Kapital zu akkumulieren, Wissen zu akkumulieren, und die sogenannte bargaining position zu verbessern. Das negative Drehbuch läßt sich mit den demagogisch-populistischen Losungen, wie Ausverkauf, Verrat am Nationalstaat, internationale Dominanz umschreiben. Es ist noch nicht klar, welche Alternative welche Chancen in den einzelnen Ländern hat. Wahrscheinlich werden die Länder auch nach der Wahl diese Alternativen weiterhin differenzieren. Ich bin mir sicher, daß der Verzicht auf nationale Kompetenz nicht weniger sondern mehr Wohlstand und Stabilität für eine größere Gemeinschaft aber natürlich auch für das eigene Land und die eigene Bevölkerung bringt. Die Länder in Ost- und Mitteleuropa müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß die Umwandlung, um es vielleicht ein bißchen simplifiziert zu sagen, die Abwertung des klassischen Nationalstaates zu einem historischen Begriff auf keinen Fall den Untergang der Nationen bedeutet. Nationalstaat und Nation sind zwei unterschiedliche Kategorien.

Andras Inotai

Es hat sich schon eine globale Elite herausgebildet, und diese globale Elite ist im Moment wieder mal in Führungszeichen »unkontrolliert«, denn es gibt nichts auf der anderen Seite. Wir haben keine globalen Gewerkschaften, wir haben auch keine Kontrolle..

Es sollten internationale, multinationale Regelungen getroffen werden. ... Auf nationalstaatlicher Ebene kann man dieser Elite nicht entgegen wirken. Ganz im Gegenteil, es ist eine ganz interessante Frage, ob z.B. in Ost- und Mitteleuropa sie die sogenannten Modernisierungsakteure bilden werden. Daß die transnationalen Unternehmen zu diesen Modernisierungsakteuren gehören, ist klar. Welche Allianz werden sie z. B. mit dem Staat oder anderen potentiellen Modernisierungsakteuren bilden? Wie wird sich diese Modernisierungsgemeinschaft bilden? ... Was kann der Staat dabei tun, um die relativen Gewichte zu beeinflussen? Die Ängste können nur längerfristig abgebaut werden. Und das ist zu einem Teil ein rein methodologisches Problem. Viele dieser Ängste sind nicht mit der Erweiterung oder mit dem Beitritt verbunden, sie kommen entweder aus den Transformationsängsten, oder aus den Globalisierungsängsten.

Auch in der europäischen Union gibt es unterschiedliche soziale Standards, gibt es unterschiedliche Löhne. Das Argument, daß solange ein bestimmter sozialer Standard nicht erreicht wird, sich der Beitritt nicht materialisieren kann, halte ich deshalb für falsch. Wenn das der Grundansatz gewesen wäre, dann wären Portugal, Spanien und einige andere Länder nie Mitglieder der europäischen Union geworden.

Ich überlege mir, wie eine Welt aussehen wird, in der nicht nur die Investoren, sondern auch die Arbeiter immer mehr internationalisiert sind – auch wenn sie davon gar nichts wissen. Denn die Arbeiter als Konsumenten sind immer mehr internationalisiert, und wir sind auch internationalisiert als Anleger, als Sparer. Wir sparen in sehr unterschiedlichen Formen und viele Sparvermögen sind vom internationalen Markt akkumuliert. So, alles ist internationaler geworden und auf der anderen Seite haben wir immer noch nationale Wahlen.